

**21. Juni 2014** - 100. Todestag Bertha Freifrau von Suttner (geb. 9. Juni 1843), österreichische Pazifistin. Sie erhielt 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis.

**22. Juni 1944** - Vor 70 Jahren erste gemeinsame Beratung der Funktionäre der operativen KPD-Leitung Franz Jacob und Anton Saefkow mit den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

12. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

24. Juni 2014

## Angelika Klein ist Landrätin in Mansfeld-Südharz

Wir gratulieren Angelika Klein herzlich zu ihrer Wahl am 15. Juni 2014. Die Wählerinnen und Wähler haben mit dem Wahlergebnis von 80,6 Prozent deutlich für einen Neubeginn im Landkreis votiert. Wir danken Angelika Klein und allen Unterstützern für den erfolgreichen Wahlkampf.

Angelika Klein wird kompetent und mit hohem Verantwortungsgefühl als Landrätin wirken.

Wir sehen die politischen Geschicke von Mansfeld-Südharz bei ihr in guten Händen.

Für DIE LINKE ist eine erfolgreiche Landratswahl ein wunderbarer und wichtiger Erfolg.



## Abschiebung der Familie Haji - rechtmäßig heißt nicht gerecht

Am frühen Morgen des 17. Juni 2014 wurde Familie Haji aus Magdeburg abgeschoben.

Die Mutter der Familie ist psychisch krank. Das Gutachten, das verschiedene psychische Erkrankungen diagnostiziert und Therapiebedarf beschreibt, wurde nur teilweise anerkannt. Demnach reiche medikamentöse Behandlung aus, während der Abschiebung soll ein Sanitäter anwesend sein, und in Italien soll eine psychotherapeutische Behandlung sichergestellt werden. Die reale Umsetzung der notwendigen Behandlungen in Italien ist angesichts der systemischen Mängel der Asylverfahren und Lebensbedingungen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Italien mehr als zweifelhaft.

Der Fall der Familie Haji ist eine menschliche Tragödie. Er ist zugleich ein exemplarischer Beleg für die Ungerechtigkeit des Dublin-Systems als tragender Pfeiler der europäischen und deutschen Asylpolitik. Mit dem Verweis auf die Dublin-Übereinkommen

wird die Hauptlast der Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge auf die Randstaaten der Europäischen Union übertragen. Insbesondere für Griechenland und Italien mehrfach gerichtlich festgestellt, weisen die Asylverfahren sowie die Unterbringung und Betreuung Asylsuchender schwerwiegende Mängel auf. Die Bundesrepublik verweist auf die europäischen Übereinkommen, die Bundesländer und auch Innenminister Stahlknecht auf die Bundesebene und die nicht vorgesehene Zuständigkeit des Landes - Verantwortung für Menschen wird so hin und her geschoben, ihr Schicksal einer im wahrsten Sinne des Wortes unsicheren Zukunft anheim gestellt.

Das Innenministerium führt an, dass die Vorgänge um die Abschiebung der Familie geltendem Recht entsprechen. Für DIE LINKE zeigt der Fall der Familie Haji einmal mehr: Rechtmäßigkeit heißt nicht Gerechtigkeit, schon gar nicht in Fragen des Asylrechtes.

Fortsetzung auf Seite -2-

Fortsetzung von Seite -1-  
Gesetze sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Ausdruck des politischen Willens parlamentarischer Mehrheiten.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben bei der kommenden Landtagsitzung mit

dem Antrag der LINKEN (Drs. 6/3182) die Gelegenheit, einen Schritt in Richtung einer gerechteren Asylpolitik zu gehen und ihrer politischen, vor allem aber ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden.

Henriette Quade

## Die Fraktion DIE LINKE regte eine Debatte über frei werdende Mittel aus der BAföG-Reform an

Werden die Weichen gestellt, wie verlautbart und übernimmt der Bund künftig die BAföG-Leistungen komplett, stehen Sachsen-Anhalt 30 Millionen Euro frei werdende Mittel zur Verfügung. Zur jüngsten Landtagsitzung forderte die Fraktion DIE LINKE, diese Mittel nicht zur Haushaltskonsolidierung, sondern komplett im Bereich der Bildung einzusetzen. Erheblichen Handlungsbedarf sieht die Fraktion DIE LINKE in verschiedenen Bereichen der Bildung – nicht ausschließlich aber schwerpunktmäßig im Hochschulbereich. „Sorgen Sie dafür, dass es nicht zu einem Studienplatzabbau kommt, sorgen Sie für eine solide Grundfinanzierung unserer Hochschulen, sorgen Sie für bessere Studien- und Forschungsbedingungen“, so unser hochschulpolitischer Sprecher Hendrik Lange.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Verhandlungen des Wissenschaftsministeriums mit den Hochschulen über die zukünftige Hochschulstruktur und in Vorbereitung einer Kabinettsvorlage für den Hochschulstrukturplan kam der Antrag der Fraktion DIE LINKE zum richtigen Zeitpunkt. Denn die Frage, ob wirklich ein Hochschulentwicklungskonzept oder ein Kürzungskonzept vorgelegt wird, hängt massiv mit der

Antwort auf die Frage zusammen, was mit den zusätzlichen Millionen passieren soll. „DIE LINKE gibt darauf eine klare Antwort: Das Geld kommt aus dem Bildungssektor und es gehört auch wieder dorthin und zwar on Top!“, so Hendrik Lange.

Unser hochschulpolitischer Sprecher machte noch einmal die Folgen des Defizits der Hochschulen im Land deutlich. 12 bis 13 Millionen Euro sind es insgesamt, das trifft die Fachhochschulen hart, aber längst nicht so hart, wie die beiden Universitäten in Magdeburg und Halle mit 4 bzw. 6 Millionen Euro. Das Defizit zieht nicht besetzte Stellen, eine überbordende Zahl schlecht bezahlter Lehraufträge und teilweise prekäre Beschäftigung nach sich. Studierende drängen sich in Riesen-Vorlesungen und selbst diese müssen teilweise aufgezeichnet und abends noch einmal vorgespielt werden. Zudem müssen Drittmittel zur Absicherung der Lehre verwendet werden. Und bestimmte Veranstaltungen finden nur noch jährlich und in zu geringem Umfang statt, was sich massiv auf die Studiendauer auswirkt.

Die Notwendigkeit einer Hochschulstrukturdebatte stellt niemand in Abrede – auch die Fraktion DIE LINKE nicht. Mit den frei werdenden Mitteln aus der BAföG-Reform sollten jedoch die finanzi-

ellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Hochschulstrukturdebatte ohne Kürzungsdruck zu führen und die aufgelaufenen strukturellen Defizite der Hochschulen auszugleichen. Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE die Rücknahme der Kürzungen bei den Studentenwerken, den Ausbau der Graduiertenförderung sowie größere Investitionen vor allem bei Großgeräten für Lehre und Forschung als bisher.

Den Plan der Landesregierung, einen Teil der BAföG-Millionen für die Korrektur bei der Neueinstellung von LehrerInnen zu verwenden, kritisierte Hendrik Lange hingegen scharf. „Das ist Haushaltskonsolidierung durch die Hintertür- und das lehnen wir ab!“

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 400 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

19.06.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 03.07.2014

## Debatte über eine Reform des Bestattungsgesetzes

Mit dem Sterben beschäftigt sich niemand gerne. Das sollte man aber, denn Sterben gehört zum Leben dazu. Ohne Ausnahme. Und das Besondere an diesem Thema ist, dass es politisch keinem politischen Lager zuzuordnen ist. Darin liegt die Chance für eine tatsächlich breite gesellschaftliche Debatte, die letztendlich in einem Änderungsgesetzentwurf zum bestehenden Bestattungsgesetz führen kann, der möglichst von allen Fraktionen getragen wird.

Dabei soll zunächst ganz bewusst auch an jahrhundertealten Traditionen gerüttelt werden; bspw. an dem von den beiden christlichen Kirchen verteidigten Friedhofszwang. Wir wollen diese Tradition nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber zumindest zusätzliche Möglichkeiten prüfen. Auch unsere Bestattungskultur befindet sich in einem gesellschaftlichen Wandel. Egal - ob konfessionell gebunden oder nicht, uns eint die Tradition, mit unseren Toten auch posthum würdevoll umzugehen bzw. eine Erinnerungskultur für sie und vor allem für uns - die Hinterbliebenen - zu schaffen. Diesen beiden Grundgedanken folgend und der Tatsache, dass wir als freie Menschen in einem freien Land leben, stellt DIE LINKE das Bestattungswesen auf den Prüfstand und wir laden alle herzlich zu dieser Reformdebatte ohne Scheuklappen ein.

Neben der Aufhebung des Urnen- bzw. Friedhofszwanges wollen wir weitere Änderungen diskutieren: die Durchführung der ersten Leichenschau durch einen Facharzt der Rechtsmedizin und die Einführung einer verpflichtenden zweiten Leichenschau bei Erdbestat-

tungen. Das Ausmaß der bestehenden Probleme mit der jetzigen Leichenschauregelung schlägt uns mit aller Wucht durch einen be-



kannt gewordenen Fall entgegen: dem Fund der Leiche der jungen bulgarischen Studentin in Halle ins Gesicht. Im Ergebnis der ersten Leichenschau durch den hinzugerufenen Notarzt war: „Tod vermutlich durch Ertrinken“ festgestellt worden. Wäre die Identität der jungen Frau feststellbar gewesen, wäre die zweite Leichenschau,

in deren Ergebnis feststand, dass sie vergewaltigt und erwürgt wurde, nicht vorgenommen worden. Für unseren Rechtsstaat bedeutet

das ganz klar: Ein Tötungsdelikt wäre unerkannt geblieben. Ein unhaltbarer Zustand.

Darüber hinaus möchten wir die Regelungen für so genannte „Sternenkinder“, für Bestattungsrituale anderer Religionen, aber auch die Qualität der Ausbildung der Bestatter und Bestatterinnen, zur Diskussion stellen.

Wer sich darüber hinaus informieren möchte, findet hier den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt:

[http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d3048dan\\_6.pdf](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d3048dan_6.pdf)

Eva von Angern, Rechtspolitische Sprecherin

Genossin

**Marianne Schleife,**

geb. am 21.09.1926, ist am 2.6.2014 verstorben.

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Sonnabend, dem 26.06.2014, um 11:00 Uhr auf dem

Gertraudenfriedhof in Halle statt.

## Offen für neue Mitglieder

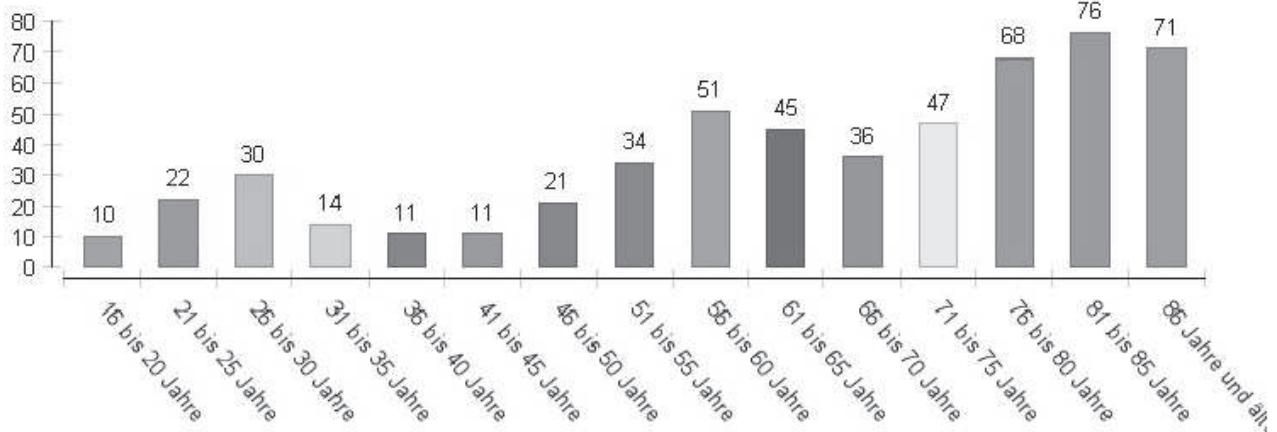
In der Basisberatung Juni 2014 stellte der Stadtvorstand die bisherige Mitgliederentwicklung des Jahres 2014 und Überlegungen zur weiteren Mitgliederarbeit vor.

Nachdem in den letzten Jahren die Mitgliederzahlen zwar nur geringfügig aber stetig sanken, kehrte sich dieser Trend in diesem Jahr um. Betrachtet man die Alterszusammensetzung unseres Stadtverbandes, zeigt sich ebenfalls ein erfreuliches Bild. Zumeinen haben

wir viele ältere, erfahrene Genossinnen und Genossen, auf der anderen Seite finden zahlreiche junge Menschen den Weg in unsere Partei. Gedanken machen müssen wir uns, wie es uns besser gelingen kann, Menschen zwischen 30 und 50 Jahre, also die Altersgruppe, die mitten im Berufsleben steht, für uns anzusprechen. Die nach der Gesamtmitgliederversammlung gebildeten Ortsverbände sollen bei der Mitgliedergewinnung und vor

allem bei der Außenwirkung unserer Partei eine stärkere Rolle spielen.

Die Mitgliederarbeit soll ein Schwerpunkt der Arbeit des Stadtverbandes im 2. Halbjahr 2014 werden, so ist unter anderem ein Neumitgliedertreffen aller in den vergangenen 7 Jahren eingetretenen Mitglieder geplant. Verantwortlich für Mitgliederarbeit im Stadtvorstand sind Dirk Gernhardt und Melanie Heyner.



	Frauen	Männer	Gesamt
Mitglieder am 01.01.2014	245	297	542
Neueintritte	10	11	21
Austritte	-2	-3	-5
Verstorbene	-4	-6	-10
Wegzüge		-1	-1
<b>Mitglieder am 20.06.2014</b>	<b>249</b>	<b>298</b>	<b>547</b>

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

wir – die Geschäftsstelle der LINKEN und die Wahlkreisbüros Sitte und Quade/Knöchel – ziehen um und sind ab dem 1. Juli in der Leitergasse 4 zu finden.

Eine offizielle Eröffnung wird es am Donnerstag, dem 10. Juli geben. Ab 10:00 Uhr stehen Euch unsere neuen Räumlichkeiten zur Besichtigung offen. Ab dieser Zeit wird es auch Kaffee und Kuchen geben. Wer vormittags keine Zeit hat, hat die Möglichkeit, um 16:30 Uhr mit uns auf unser neues Quartier anzustoßen oder kann abends zu unserer gemütlichen Grillrunde vorbeischauen.

**Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.**

## „Linker Laden“ für Halle

Seit 1995 war die Anschrift der LINKEN in Halle die Blumenstraße. Mit dem Stadtparteitag im November 2013 erhielt der Stadtverband die Aufgabe, die Arbeit des Stadtverbandes offener für Mitglieder und interessierte Hallenserinnen und Hallenser zu gestalten. Damit stand auch die Frage, ob wir mit neuen Räumen, näher an der Innenstadt und barrierefreier, besser erreichbar sind. Auch sollten die neuen Räume besser für Veranstaltungen geeignet sein.

Der Herausforderung stellte sich der Stadtverband und fand mit einem Ladenlokal in der Leitergasse 4, direkt an der Geiststraße, neue Räume für die Partei und die Abgeordneten. Ein großes Ladenlokal mit 70 qm soll für Begegnung und Beratungen genutzt werden und zugleich die umfangreiche Bibliothek des Stadtverbandes aufnehmen. In 3 Büros können Stadtverband und die Abgeordneten ihre Arbeit leisten und ein weiterer kleiner Beratungsraum steht für Bürgergesprächstunden und Beratungen zur Verfügung.

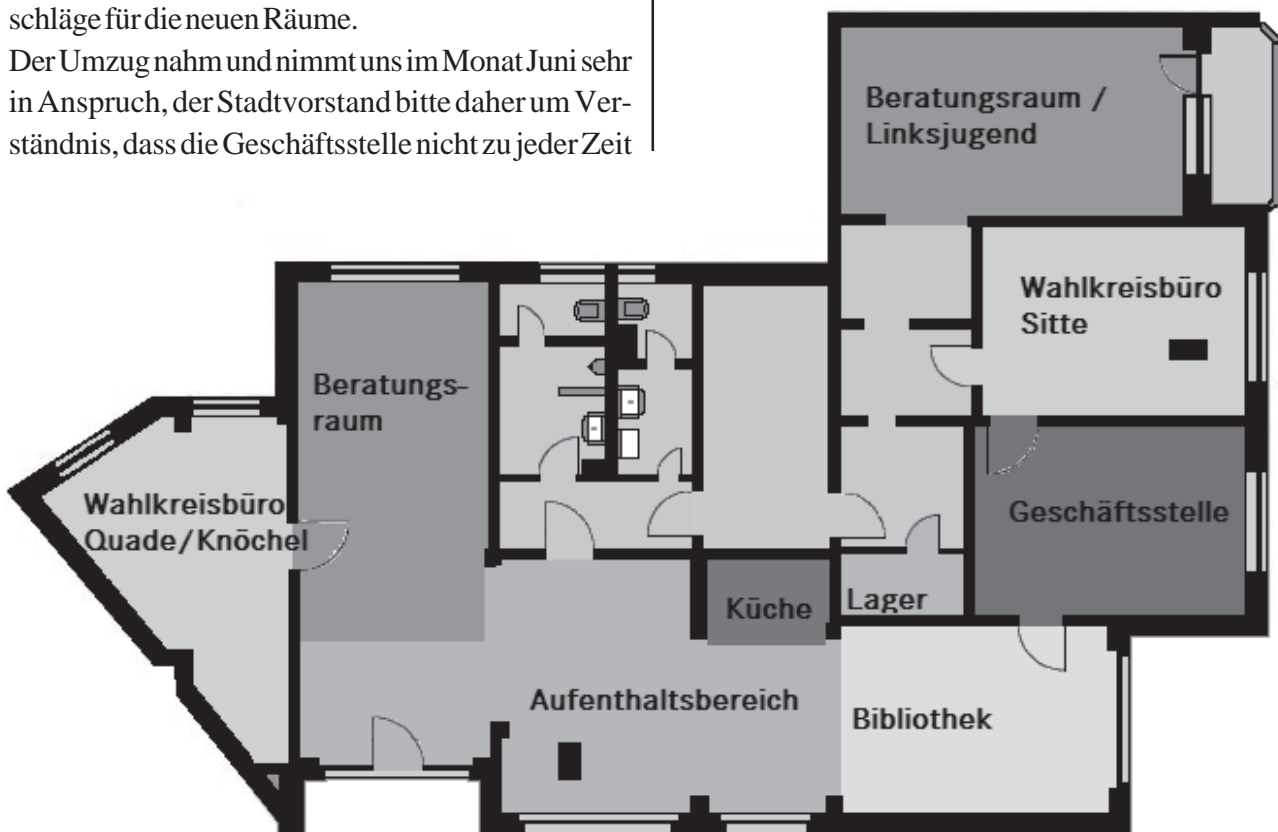
Die neue Geschäftsstelle soll künftig „Linker Laden“, abgekürzt „LiLa“, heißen, das beschloss der Stadtverband nach langer Diskussion vieler Namensvorschläge für die neuen Räume.

Der Umzug nahm und nimmt uns im Monat Juni sehr in Anspruch, der Stadtverband bitte daher um Verständnis, dass die Geschäftsstelle nicht zu jeder Zeit

erreichbar war. Möbel und Bücher mussten aus- und wieder eingeräumt werden, neue Möbel aufgebaut werden, dabei halfen zahlreiche Mitglieder unseres Stadtverbandes, wie auch die Linksjugend und der Studierendenverband.

Am 10. Juli 2014 soll es dann soweit sein und die neuen Räume eingeweiht werden. Um 16:30 Uhr laden wir Mitglieder, Freunde und Partner unserer Partei ein, bei der Einweihung dabei zu sein.

Bereits ab 10:00 Uhr morgens besteht für alle Mitglieder die Möglichkeit, die neuen Räume zu besichtigen und bei einer Tasse Kaffee ins Gespräch zu kommen. Nach der offiziellen Eröffnung wollen wir mit einer Dankeschönveranstaltung für die im Kommunalwahlkampf geleistete Arbeit den Abend ausklingen lassen. Danach beginnt in den neuen Räumen der Alltag, den wir als Stadtverband gemeinsam gestalten wollen, zeigen wir uns und den Hallenserinnen und Hallensern, dass wir eine lebendige, streitbare und kollegiale Partei sind.



## Bertha von Suttner

**„Rache und immer wieder Rache! Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.“**

### Bertha von Suttner

„... eine Amazone, die so heldenmütig dem Krieg den Krieg erklärt hat ...“

... nannte Alfred Nobel die Autorin des Romans „Die Waffen nieder!“, eines der erfolgreichsten Bücher des 19. Jahrhunderts und noch immer aktuell. „Die Waffen nieder! Sag’s vielen – vielen.“, ihre letzten vernehmbaren Worte wenige Tage vor Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner ist vor einhundert Jahren am 21. Juni 1914 verstorben.

Mit 46 Jahren veröffentlichte Bertha von Suttner 1889 den Aufsehen erregenden pazifistischen Roman, der sie zugleich zu einer der prominentesten Vertreterinnen der Friedensbewegung machte. Mit ihrer Beschreibung der Schrecken des Krieges aus der Sicht einer Ehefrau traf sie ebenso den Nerv ihrer Zeit wie sie sich in die aktuelle Debatte über Militarismus und Krieg einbrachte und sich am pazifistischen Diskurs beteiligte. Nach ihrer Auffassung ist Frieden ein naturrechtlich verbürgter Normalzustand, dem der Krieg als Folge menschlichen „Irrwahns“ gegenüberstehe. Deshalb sei auch das Recht auf Frieden völkerrechtlich möglich einzufordern. Entgegen der gängigen Auffassung sah Suttner in der Verhinderung von Kriegen und damit verbunden im Verzicht auf Gewalt zur Lösung von Konflikten zwischen Staaten die einzige Chance, Frieden zu gewährleisten. Das setze die Neuregelung der Staatenbeziehungen auf der Grundlage von Schiedsgerichtsverträgen, die Schaffung einer Friedensunion aller Staaten zur gemeinschaftlichen Abwehr möglicher Angriffe sowie die Schaffung einer internationalen Institution, die als Gerichtshof im Namen der Völker das Recht vertrete, voraus.

Bertha von Suttner, begeistert von dem Friedensgedanken und der sich entwickelnden Friedensbewegung, wird zu deren bedeutender Propagandistin von internationalem Ruf. Sie initiierte ebenso die österreichische Friedensbewegung, wie sie sich für die Gründung der deutschen Friedensgesellschaft engagierte und Alfred Nobel anregte, in seinem Testament die Verwendung großer Teile seines Vermögens für wohl-

tätige Zwecke, eingeschlossen die Förderung der Friedensbewegung, zu verfügen. Ihre Verdienste um die internationale Friedensbewegung werden 1905 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises gewürdigt – erstmalig an eine Frau! Sieben Jahre später warnt sie vor der Gefahr eines internationalen Vernichtungskrieges, dessen Ausbruch zu erleben ihr erspart blieb.

Vor 171 Jahren – am 9. Juni 1843 - im Prager Palais Kinsky am Altstädter Ring geboren, scheint der Weg der böhmischen Adelstochter Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky von Chinitz und Tettau vorbestimmt. Ihr Vater Franz Michael Graf von Kinsky war General und bereits vor ihrer Geburt im 75. Lebensjahr verstorben. Bertha wächst in Brünn bei ihrer Mutter Sophie Wilhelmine – eine geborene von Körner und entfernt verwandt mit Theodor Körner – im aristokratischen Umfeld der österreich-ungarischen k. u. k. Monarchie und deren militärischem Hintergrund auf. Sie erhält eine standesgemäße Erziehung, lernt mehrere Sprachen, beschäftigt sich mit Musik und reist viel. Mit dem für Frauen ihrer Herkunft ungewöhnlichen Entschluss, künftig selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, eröffnet sich der inzwischen Dreißigjährigen ein selbstbestimmtes Leben geprägt durch eigene Berufstätigkeit und Zugang zu gesellschaftlicher Mitsprache.

Die junge Frau nimmt die Stelle als Gouvernante bei dem Industriellen Baron Karl von Suttner in Wien an, erteilt dessen vier Töchtern Unterricht und verliebt sich in deren jüngsten Bruder Arthur. Wie es scheint eine eher aussichtslose Beziehung mit dem sieben Jahre Jüngeren – zumindest aus dessen elterlicher Perspektive. Erwartungsgemäß muss Bertha Kinsky die Stelle im Hause von Suttner aufgeben, geht nach Paris und tritt die Stelle als Privatsekretärin bei Alfred Nobel an, mit dem sie eine lebenslange Freundschaft verbinden wird.

Gesellschaftliche Konventionen brechend erfolgen 1876 die heimliche Eheschließung mit Arthur von Suttner sowie die sich anschließende Flucht des jungen Paares in den Kaukasus. Während der folgenden

Jahre lebte das Paar von den Einnahmen als Lehrer, später auch ihrer schriftstellerischen und journalistischen Arbeit. Im Frühjahr 1885 kehrten die Eheleute von Suttner nach Österreich, inzwischen ausgesöhnt mit der Familie, zurück. Bertha von Suttner sucht und findet in der Folgezeit jene Öffentlichkeit für eigenes,

selbstbestimmtes Wirken im Interesse eines nachhaltigen Friedens wie auch für Frauenbildung, Chancengleichheit der Geschlechter und die Frauenfrage. Sie gehörte 1904 zu den Teilnehmerinnen der „Internationalen Frauenkonferenz“ in Berlin.

Elke Stolze

## Bundessatzung der Partei DIE LINKE

### Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE standen im Mai die Satzungsfragen. Das Linke Blatt veröffentlicht die jetzt geltende Satzung. Da unsere Satzung doch recht umfangreich ist, werden wir mit dieser Ausgabe beginnen und die Veröffentlichung als Fortsetzung durchführen.

Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, bestätigt durch Urabstimmungen der WASG und Linkspartei.PDS vom 30. März bis 18. Mai 2007 und durch den Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschlüsse der Parteitage der Partei DIE LINKE am 28. Februar 2009 in Essen, am 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, am 2. und 3. Juni 2012 in Göttingen, am 16. Juni 2013 in Dresden, am 9. bis 11. Mai 2014 in Berlin.

### Präambel

Verwurzelt in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet, den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe stehend, schöpfend aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung, verbinden sich ihre Identität erweiternd demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu der neuen Partei DIE LINKE mit dem Ziel, die Kräfte im Ringen um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken.

DIE LINKE strebt die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft an, in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist. Die neue LINKE ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will.

### § 1 Name, Sitz, Zweck und Tätigkeitsgebiet

(1) Die Partei führt den Namen DIE LINKE. Dies ist auch die Kurzbezeichnung.

(2) Sie hat den Zweck, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen auf allen politischen Ebenen an der politischen Willensbildung im Sinne ihres Programms mitzuwirken.

(3) Sie ist Partei im Sinne des Grundgesetzes und wirkt auf dessen Grundlage. Ihr Tätigkeitsgebiet ist

die Bundesrepublik Deutschland.

(4) Der Sitz der Partei ist Berlin.

(5) Die Partei ist Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

### 2. Die Basis der Partei

#### § 2 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglied der Partei kann sein, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat, sich zu den programmatischen Grundsätzen bekennt, die Bundessatzung anerkennt und keiner anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes angehört.

(2) Die Mitgliedschaft in der Partei wird durch Eintritt erworben. Der Eintritt erfolgt durch schriftliche Eintrittserklärung gegenüber dem zuständigen Kreisvorstand oder dem Parteivorstand. Die Pflicht zur Beitragszahlung beginnt mit Ablauf des Monats der Datierung der schriftlichen Eintrittserklärung. Der Kreisvorstand macht den Eintritt mit Zustimmung des Mitgliedes unverzüglich in geeigneter Weise im Kreisverband parteiöffentlich bekannt und informiert das neue Mitglied über seine Mitwirkungsmöglichkeiten.

(3) Die Mitgliedschaft wird sechs Wochen nach dem Eingang der Eintrittserklärung beim Kreisvorstand wirksam, sofern die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt ist und kein Einspruch gegen die Mitgliedschaft durch den Kreisvorstand oder einen übergeordneten Vorstand vorliegt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die/der Eintrittswillige die Rechte eines Gastmitgliedes.

(4) Gegen den Einspruch des Kreisvorstandes oder des übergeordneten Vorstandes kann die/der Eintrittswillige Widerspruch bei der zuständigen Schiedskommission eingelegen.

(5) Kommt eine Mitgliedschaft durch den Einspruch nicht zustande, so kann die/der davon Betroffene frühestens nach Ablauf eines Jahres erneut eine Eintrittserklärung abgeben.

(6) Jedes Mitglied der Partei gehört zu einem Kreisverband, in der Regel zu dem seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts.

(7) Die Bundespartei führt eine zentrale Mitgliederdatei. Die organisatorische Absicherung erfolgt über die Bundesgeschäftsstelle.

### § 3 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

(2) Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem zuständigen Kreisvorstand, dem Landesvorstand oder dem Parteivorstand zu erklären.

(3) Beahlt ein Mitglied sechs Monate keinen Beitrag und ist nicht von dieser Pflicht befreit, so gilt das als Austritt aus der Partei. In diesem Fall ist dem Mitglied ein Gespräch anzubieten, bei ihm die satzungsgemäße Beitragszahlung schriftlich anzunehmen sowie die Konsequenz aus der Pflichtverletzung mitzuteilen. Der Vollzug des Austritts wird durch den zuständigen Kreis- oder Landesvorstand sechs Wochen nach erfolgter schriftlicher Anmahnung festgestellt, sofern die satzungsgemäße Beitragszahlung bis dahin nicht erfolgt ist.

(4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

(5) Wer aus der Partei ausgeschlossen wurde, kann frühestens nach zwei Jahren wieder eintreten.

### § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen der Bundessatzung, der Landessatzung, der Kreissatzung und der beschlossenen Geschäftsordnungen

a. an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, sich über alle Parteiangelegenheiten zu informieren

und zu diesen ungehindert Stellung zu nehmen,

b. an Veranstaltungen, Wahlen, Abstimmungen und der Gremienarbeit der Partei teilzunehmen,

c. an den Beratungen von Mitgliederversammlungen, Delegiertenkonferenzen und Vorständen aller Ebenen als Gast teilzunehmen und das Rederecht zu beantragen,

d. Anträge an alle Organe der Partei zu stellen,

e. sich mit anderen Mitgliedern zum Zwecke gemeinsamer Einflussnahme in der Partei zu vereinigen,

f. an der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für die Parlamente, kommunalen Vertretungskörperschaften und sonstigen Wahlämter mitzuwirken und sich selbst zu bewerben.

(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht,

a. die Grundsätze des Programms der Partei zu vertreten, die Satzung einzuhalten und andere Mitglieder und deren Rechte zu achten,

b. die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane zu respektieren,

c. regelmäßig den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag zu bezahlen,

d. bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zur Partei anzutreten.

(3) Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitag bzw. Delegierten- oder Mitgliederversammlungen kann von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages abhängig gemacht werden, soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dieses ist mit der Einladung anzukündigen.

SPD und CDU/CSU haben an der Bevölkerung vorbei im Bundestag ihr Rentenpaket beschlossen. Wer kennt den Inhalt samt den Auswirkungen wirklich, es entsteht die Frage:

### Wie sozial ist das vom Bundestag beschlossene Rentenpaket?

Zu diesem wichtigen Thema spricht  
**Prof. Dr. Horst Bischoff, Berlin**  
**Wann: am 24. Juni 2014, 16:30 Uhr, im**  
**Kulturreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6.**  
Rotfuchs Förderverein e.V.  
Regionalgruppe Halle